

Wahlprüfsteine

Der Landesjagdverband RLP hat die Parteien, die derzeit im Landtag vertreten sind (Abdruck der Antworten nach Stimmanteile), sowie die Partei Die Linke, zu aktuellen Themen im Jagdrecht befragt. Dazu gehören neben den Fragen Wolf und neues Jagdgesetz auch die Frage, wie die Behördenstruktur verändert werden wird in puncto Jagd – Forstverwaltung.

Bitte prüfen Sie die Antworten und gehen Sie zur Wahl!

1

Wie bewerten Sie die gesellschaftliche Bedeutung der Jagd und wie setzen Sie sich für ihren Erhalt als Form nachhaltiger Nutzung des Eigentums ein?



Die SPD Rheinland-Pfalz betrachtet die Jagd als wichtigen Bestandteil nachhaltiger Land- und Forstbewirtschaftung. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zum Schutz von Wald und Feldflur, zur Regulierung von Wildbeständen und zur Sicherung der Biodiversität. Gerade im Zeichen des Klimawandels ist eine verantwortungsvolle Jagd unverzichtbar für den Waldumbau und den Ausgleich zwischen Natur, Eigentum und öffentlichem Interesse. Wir setzen uns für klare, praxisnahe und verlässliche Rahmenbedingungen ein, die die berechtigten Interessen von Jagd ausübungsberechtigten, Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern sowie Tier- und Naturschutz miteinander verbinden. Ehrenamtliches Engagement und fachliche Qualifikation in der Jägerschaft verdienen Anerkennung und Unterstützung.

Jägerinnen und Jäger übernehmen mit großem persönlichen Einsatz Verantwortung für Wild, Natur und Kulturlandschaft und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für den ländlichen Raum. Die Jagd ist tief in der Geschichte und Kultur des ländlichen Raums in Rheinland-Pfalz verankert. Diese gewachsene Praxis trägt bis heute zur Identität vieler Regionen bei. Die SPD in Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, diese Tradition zeitgemäß weiterzuentwickeln und an neue ökologische Herausforderungen anzupassen. So bleibt Jagd auch künftig ein verantwortungsvoller Teil unseres Umgangs mit Natur und Landschaft. Unser Ziel ist eine Jagdpolitik, die auf Dialog setzt, Akzeptanz vor Ort stärkt und Jagd als Form nachhaltiger Nutzung des Eigentums erhält.



Als CDU Rheinland-Pfalz sind wir uns der hohen gesellschaftlichen Bedeutung der Jagd bewusst. Den Jägerinnen und Jägern sind wir dankbar für ihren unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz zum Wohle der Natur, der Biotoppflege und unserer gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgabe des Umwelt-

und Artenschutzes. Die Jagd ist und bleibt untrennbar mit Grund und Boden und damit Eigentum verbunden. Zudem ist die Jagd die ehrlichste und nachhaltigste Gewinnung hochwertiger Lebensmittel und muss in dieser Form erhalten bleiben.

Inhalt

MITTEILUNGEN DER GESCHÄFTSSTELLE	16
MONDPHASEN	21
JAGDZEITEN	24
DJV-NACHRICHTEN	26
REGIONALGRUPPE NORD	36

IMPRESSUM	54
REGIONALGRUPPE SÜD	55
KLEINANZEIGENMARKT	68
KLEINANZEIGEN-COUPON	69



Aus GRÜNER Sicht kommt der Jagd eine große gesellschaftliche Bedeutung zu. Sie ist ein wesentliches Instrument des Wildtiermanagements, trägt dazu bei, natürliche Gleichgewichte zu erhalten und unterstützt zugleich die Entwicklung von artenreichen, klimaresilienten und vielfache Ökosystemleistungen erbringenden Wäldern. Darüber hinaus trägt sie für die Ernährungssicherheit notwendige Landwirtschaft bei und unterstützt bei der Bekämpfung von Tierseuchen. Durch den umfassenden Auftrag zur Wildhege pflegen und erhalten Jägerinnen und Jäger zudem vielerorts Biotope für zahlreiche Wildtiere. Durch die Unterstützung der Jägerschaft im Bereich des Wildmonitorings und der Wiederansiedlung von bedrohten Arten sind Jägerinnen und Jäger wertvolle Partnerinnen und Partner für den Artenschutz in Rheinland-Pfalz. Somit stellt die verantwortungsvolle Jagd einen notwendigen Bestandteil moderner Naturschutz- und Waldpolitik dar.

Wir GRÜNE sehen die Jagd als Ausfluss des Eigentumsrechts, ausgerichtet auf eine nachhaltige, sinnvolle Nutzung natürlicher Ressourcen als gesellschaftliches Kulturgut an und unterstützen eine ökologisch angepasste und konsequente Jagd, welche die natürliche Waldverjüngung fördert, übermäßige Wildschäden vermeidet und die Anpassung der Wälder an den Klimawandel forciert. Wissenschaftsbasiert und tierschutzgerecht in ein ganzheitliches Wald- und Wildtiermanagement eingebettet, leistet sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zum Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und zum Gemeinwohl und bleibt damit gesellschaftlich legitimiert.



Die AfD steht hinter der Jägerschaft, die mit hohem persönlichen Engagement ein Jahrtausende altes Handwerk und Kulturerbe bewahrt, um der Natur zu dienen und es an die nächste Generation weiterzugeben. Waidgerechtigkeit als „Achtung vor der Schöpfung“ und die Verpflichtung zur Hege sind für uns ebenso unverhandelbar wie das Eigentumsrecht der Jagdausübungsberechtigten.

Unsere Jäger erzeugen biologische Lebensmittel und versorgen Verbraucher mit regionalem Fleisch erster Qualität. Sie investieren viel Zeit, Geld sowie Arbeit in ihre Ausbildung und anschließende jagdliche Betätigung. Diese Aspekte in den Vordergrund zu rücken, ist unser Ansatz für die Steigerung der gesellschaftlichen Bedeutung der Jagd und ihres Ansehens.



Wildackersaaten für Hege, Wild und Naturschutz



Praxisbewährte Mischungen und Einzelsaaten

- » für Hoch- und Niederwild
- » für Förderprogramme und Blühwiesen
- » Sonderangebote für Hegeringe



**Jetzt
bestellen!**

Verlangen Sie unser Komplett-Angebot!

Bruno Nebelung GmbH
48351 Everswinkel · Tel.: (0 25 82) 670-117
info@kiepenkerl.de · www.kiepenkerl.de/wildacker

3. ERWEITERTE AUFLAGE

68 WEITERE SEITEN MIT KREUZNACHER HILDEGARD-WEG



NEU

Verlag Matthias Ess



Die Jagd ist für uns Freie Demokraten ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Kulturlandschaft und Ausdruck gelebter Verantwortung gegenüber Natur, Wild und Gesellschaft. Sie verbindet Eigentumsrechte mit nachhaltiger Nutzung und einem klaren ethischen Fundament. Jagd ist nicht bloßes

Freizeitvergnügen, sondern ein staatlich anerkanntes Handwerk mit hoher gesellschaftlicher Relevanz. Wir setzen uns für Rechtssicherheit, Praxisnähe und den Schutz des Eigentums ein, damit Jagd auch künftig verantwortungsvoll ausgeübt werden kann.



Die Jagd ist ein unverzichtbarer Bestandteil unsere Kultur und gelebter Naturschutz. Wie unser Spitzenkandidat Joachim Streit sind viele Jäger bei den FREIEN WÄHLERN und wir wissen aus eigener Erfahrung, wie wichtig waidgerechtes Handeln, Hege und nachhaltige Nutzung des Eigentums sind. Leider ist das Verständnis für die Jagd – insbesondere in urbanen Räumen – zurückgegangen. Hier braucht es mehr Aufklärung über die Rolle

der Jägerschaft als Naturschützer und Bewahrer unserer Kulturlandschaft. Eigentum verpflichtet: Land- und Waldbesitzer wie auch Revierinhaber tragen Verantwortung dafür, dass Natur und Ressourcen so genutzt werden, dass sie auch kommenden Generationen erhalten bleiben. Für dieses Prinzip stehen die FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz.



Wir sind grundsätzlich für den Einsatz natürlicher Regulierungen der Artbestände. Nach unserer Ansicht ist der Abschuss von Wildtieren bis auf streng geregelte Ausnahmen abzulehnen. Hieran angelehnt kann im Bereich der Landschaftspflege, dem Arten- und Biotopschutz eine nachhaltige und waidge-

rechte Jagd wichtige Funktionen erfüllen. Die von der Landesregierung angestoßenen Debatten über Muttertierabschüsse, Schonzeitverkürzungen oder -aussetzungen lehnen wir allerdings ab. Wir wollen gemeinsam mit Jäger*innen eine Allianz für mehr Natur- und Artenschutz schmieden.

2

Welchen Stellenwert hat für Sie der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. als Interessenvertreter von über 20.000 Mitgliedern/Jägern in Rheinland-Pfalz?



Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. hat für die SPD Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert als Interessenvertreter von über 20.000 Jägerinnen und Jägern sowie als wichtiger Akteur im ländlichen Raum. Seine Mitglieder leisten einen bedeutenden Beitrag zu Wildhege, Natur- und Artenschutz, zur Pflege der Kulturlandschaft und zur Vermittlung jagdlicher Fachkenntnisse. Der Verband bringt seine langjährige Erfahrung und fachliche Expertise in politische Diskussionen ein und ist damit ein wichtiger Gesprächspartner bei Fragen der Jagd-, Forst- und

Naturschutzpolitik. Die SPD schätzt insbesondere den praxisnahen Blick und Sachverstand des Landesjagdverbandes auf Herausforderungen wie Waldumbau, Klimawandel und Wildmanagement. Wir setzen, wie in der Vergangenheit, auf einen offenen, respektvollen und konstruktiven Dialog mit dem Landesjagdverband, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die ökologische Verantwortung, gesellschaftliche Akzeptanz und die berechtigten Interessen der Jägerschaft miteinander verbinden.



Der Landesjagdverband ist mit seinen Kreisgruppen und Hegeringen der größte und gewichtigste Interessenvertreter der Jägerinnen und Jäger im Land. Sein Engagement – sowohl auf Landesebene als auch durch seine Untergliederungen in der Fläche – verleiht den Anliegen der Jäger-

schaft und dem Schutz des heimischen Wildes eine starke, verlässliche und unverzichtbare Stimme. Diese fachliche Kompetenz und Präsenz sind in Rheinland-Pfalz einzigartig und werden von der CDU Rheinland-Pfalz hochgeschätzt.

Die Zusammenarbeit mit Verbänden und Interessenvertretungen ist ein besonders wichtiges Gut: Sie bringt Fachwissen, Praxiserfahrung und demokratische Rückkopplung in Entscheidungen ein und sorgt dafür, dass Vorhaben akzeptiert, kontrolliert und dauerhaft getragen werden. Gerade im Naturschutz sind Verbände ein zentraler Teil der demokratischen Zivilgesellschaft als Mitgestalter und als unverzichtbare Instanz de-

mokratischer Kontrolle. Deshalb wollen wir diese Zusammenarbeit aktiv pflegen, Beteiligung durch Digitalisierung erleichtern und Dialogformate so gestalten, dass sie viele Ehrenamtliche einbinden.

Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite aller Menschen, die sich für unsere Demokratie, Natur und gegen Diskriminierung engagieren.



Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. ist die Interessenvertretung der Jägerschaft auf Landesebene und für uns als AfD ein bedeutender Gesprächspartner, wenn es um jagdliche Themen in der Politik geht.

Wir wertschätzen insbesondere die vielen ehrenamtlichen Aufgaben, die Angebote der Landesjagdschule in Fort- und Umweltbildung und werden über unsere Landtagsfraktion jede mögliche Unterstützung hierzu geben.



Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz ist für uns ein zentraler und unverzichtbarer Ansprechpartner in allen jagdpolitischen Fragen. Als Interessenvertretung von über 20.000 Jägerinnen und Jägern bündelt er Fachwissen aus Praxis, Wissenschaft und Eh-

renamt. Wir schätzen den Verband als konstruktiven Dialogpartner, der Verantwortung übernimmt und Lösungen mitentwickelt. Eine starke Jagdpolitik ist ohne die Einbindung des Landesjagdverbandes nicht denkbar.



Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz ist für uns ein wichtiger und kompetenter Ansprechpartner in jagd- und umweltpolitischen Fragen. Die über 20.000 Jägerinnen und Jäger im Land verfügen über eine große praktische Erfahrung im Umgang mit Natur, Wild und Lebensräumen. Gerade in kommunalen Strukturen zeigt sich, wie eng Jagd, Landwirtschaft und Naturschutz miteinander

verbunden sind. Ob beim Waldumbau, bei der Beobachtung von Veränderungen in der Natur, beim Umgang mit Wildtierseuchen oder bei Fallwild – die Jägerschaft ist ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Wir sehen den Landesjagdverband als Sprachrohr der Jägerinnen und Jäger und als wichtigen Berater der Politik.



Wir sind mit vielen Verbänden in Rheinland-Pfalz in direktem Austausch und wir freuen uns über deren Impulse für unsere zukünftige parlamentarische Arbeit. Auch Gesprächen mit der Jäger*innenschaft stehen wir offen gegenüber und freuen uns auf

einen Austausch auf Augenhöhe. Wir wollen die Jäger*innen, ebenso wie alle anderen Natur- und Umweltverbände bei zukünftigen Entscheidungen oder Gesetzesvorlagen stärker einbinden und ihre Expertise mit an unseren Tisch bringen.



Inwieweit gedenken Sie, die Jägerinnen und Jäger, welche im Ehrenamt systemrelevante Aufgaben übernehmen, zu fördern und zu unterstützen?

Für die SPD Rheinland-Pfalz hat das ehrenamtliche Engagement einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Jägerinnen und Jäger übernehmen im Ehrenamt vielfältige und systemrelevante Aufgaben – von Wildhege und Wildbestandsregulierung über Beiträge zum Natur- und Artenschutz bis hin zur Unterstützung des Waldumbaus im

Zeichen des Klimawandels. Dieses Engagement leistet einen wichtigen Beitrag für den ländlichen Raum und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die SPD will Jägerinnen und Jäger in dieser Verantwortung stärken und unterstützen. Im Sinne unseres Regierungsprogramms setzen wir auf Anerkennung, verlässliche Rahmenbedingungen



und einen partnerschaftlichen Dialog mit der Jägerschaft und ihren Verbänden. Dazu gehören die Unterstützung von Qualifizierung und Fortbildung, der Abbau unnötiger bürokratischer Hürden sowie die Einbindung ehrenamtlicher Expertise in fachliche Ent-

scheidungsprozesse. Unser Ziel ist es, das ehrenamtliche Engagement der Jägerinnen und Jäger nachhaltig zu sichern, ihre wichtige Rolle für Natur, Wild und Kulturlandschaft zu würdigen und ihnen die Ausübung ihrer Aufgaben bestmöglich zu erleichtern.



Die Jägerinnen und Jäger im Zusammenspiel mit den Jagdgenossen vor Ort benötigen mehr Freiheit und Handlungsspielraum. Sie sind gut ausgebildete und geprüfte Profis und können am besten entscheiden, welche Strategien es zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf.

Ein zentralistisches, einheitliches System mit Allheilmitteln kann unmöglich allen örtlichen Bedürfnissen und Herausforderungen in den verschiedenen Regionen gerecht werden und wird von uns als CDU deshalb abgelehnt.



Viele Jägerinnen und Jäger übernehmen ehrenamtliche Aufgaben, insbesondere im Wildtiermanagement, im Naturschutz, beim Schutz des nachwachsenden Waldes sowie in der Seuchenprävention. Ihr Engagement leistet einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl und ist Teil des vielfältigen Ehrenamts in unserem Land.

Entsprechend unserem Verständnis von der Bedeutung des Ehrenamts setzen wir uns für verlässliche Rahmenbedingungen, Anerkennung und gezielte Unterstützung ehrenamtlich Engagierter ein. Bewährte Förderstrukturen sollen daher fortgeführt werden.

Dazu zählen insbesondere die Förderung von Maßnahmen zur jagdlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, des Jagdgebrauchshunde- und Schweißhundewesens, des jagdlichen Schießwesens, des jagdlichen Brauchtums und der Wildbretvermarktung.

Darüber hinaus setzen wir GRÜNE uns für stabile rechtliche Grundlagen, möglichst unbürokratische Verfahren und eine enge Zusammenarbeit mit den Verbänden ein, um das ehrenamtliche Engagement der Jägerinnen und Jäger im Bereich Jagd und Naturschutz langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln.



Die AfD sieht vor, durch Landesmittel Schulungen und Lehrgänge für Lernort Natur und Jagdaufseher in der Landesjagdschule zu unterstützen. Es ist uns wichtig, das gesellschaftlich wichtige Ehrenamt in Jagd und Umweltbildung hierdurch wertzuschätzen.

Das Engagement der Jagdpächter fördern wir durch die Abschaffung der Jagdsteuer, die ohnehin vom Ertrag her eine Bagatellsteuer darstellt, die leicht anderweitig kompensiert werden kann.



Jägerinnen und Jäger leisten im Ehrenamt einen systemrelevanten Beitrag – etwa im Tierseuchenschutz, bei der Wildschadensvermeidung oder im Natur- und Artenschutz. Dieses Engagement verdient Anerkennung, Vertrauen und konkrete Unterstützung.

Wir setzen uns für Bürokratieabbau, praxistaugliche Regelungen und eine weitere Professionalisierung der jagdlichen Ausbildung ein. Zudem wollen wir digitale Lösungen stärken, um Ehrenamtliche spürbar zu entlasten.



Jägerinnen und Jäger übernehmen zahlreiche Aufgaben im Ehrenamt, die für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung sind. Dieses Engagement verdient Anerkennung und konkrete Unterstützung. Die FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz setzen sich dafür

ein, ehrenamtliches Engagement – auch in der Jagd – stärker zu fördern, etwa durch steuerliche Erleichterungen, Unterstützung in Ausbildung und Nachwuchsarbeit sowie praxisnahe gesetzliche Rahmenbedingungen.

Die Förderung des Ehrenamtes ist für uns ein wichtiges Anliegen. Bis auf wenige, vielfach einzelne Fördermaßnahmen, wurde allgemein für das Ehrenamt bislang zu wenig getan. Wir können uns gut vorstellen für die Beseitigung von Fallwild, Abschuss oder

Nachsuchen im Seuchenfall oder auch bei Biotopmaßnahmen stärker als bisher eine Förderung für die Jäger*innenschaft zu etablieren. Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass systemrelevante Aufgaben nicht hauptsächlich vom Ehrenamt zu tragen sind.



In welcher Form möchten Sie Rücknahmen oder Änderungen am 2025 beschlossenen Landesjagdgesetz vornehmen?

Wir stehen zu den grundlegenden Regelungszielen des novellierten Landesjagdgesetzes: Es muss uns gelingen, Wald und Wild in Einklang zu halten. Vor dem Hintergrund der Wildschäden ist es aus unserer Sicht richtig, dass wir in Rheinland-Pfalz ein auf wildbiologischen Erkenntnissen basierendes Jagdmanagement verfolgen und

die Eigenverantwortung der Jagdgenossenschaften vor Ort stärken. Sollten sich nach dem Inkrafttreten des Landesjagdgesetzes aber praktische Anpassungsbedarfe zeigen, werden wir diese fachlich prüfen und zielgerichtet weiterentwickeln. Dabei möchten wir die Jägerschaft größtmöglich einbinden und beteiligen.



Für die CDU Rheinland-Pfalz war und ist klar: Das Landesjagdgesetz wurde ohne Rücksicht auf Praktikabilität und Akzeptanz und entgegen den Warnungen und Protesten aus der Jägerschaft von der Ampelregierung durchgesetzt und ist in der jetzigen Form nicht praktikabel. Das Wildtiermanagement muss sich an regionalen Gegebenheiten orientieren, nicht an ideologischen Vorgaben. Wir werden das Gesetz deshalb im engen Austausch mit der Jägerschaft korrigieren, ideo-

logisch motivierte Regelungen und Entscheidungen zurücknehmen oder entsprechend anpassen und die berechtigten Interessen aller Akteure zusammenbringen. So sorgen wir für die nötige Akzeptanz bei denjenigen, die das Gesetz in der Fläche umsetzen müssen. Zudem müssen die Änderungen des Bundesjagdgesetzes zum Umgang mit dem Wolf auch ins rheinland-pfälzische Jagdgesetz Einzug finden.



Wir wollen das 2025 beschlossene Landesjagdgesetz nicht zurücknehmen. Wir stehen hinter diesem Gesetz, da es das Ergebnis eines mehrjährigen Evaluierungs- und Dialogprozesses des zuständigen Ministeriums mit allen berührten Verbänden und Fachkreisen darstellt und bewusst als ausgewogener Kompromiss aller, teils widerstrebbender Interessen ausgestaltet wurde. Dabei wurde jedoch stets das vorrangige Ziel, den nachwachsenden Wald zu schützen, im Blick behalten. Darüber hinaus war insbesondere das Ziel, Wildschäden zu reduzieren, den Tierschutz zu stärken und zugleich die Rech-

te der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer zu wahren. Dieses Ergebnis zeigt, dass Dialog der richtige Weg ist. Auch im Zusammenhang mit dem Landesjagdgesetz haben wir sehr viele Gespräche geführt und unterschiedliche Perspektiven in den Prozess einbezogen. Gerade vor dem Hintergrund der Klimakrise ist ein zeitgemäßes Jagd- und Wildtiermanagement ein zentraler Baustein einer zukunftsorientierten Waldpolitik zugunsten des Gemeinwohls. Wir brauchen eine ökologisch nachhaltige Jagd, damit junge Bäume, ohne zusätzlichen Schutz, auch in der Klimakrise aufwachsen können.



Das neue Landesjagdgesetz ist unverzüglich nach der Regierungsbildung zurückzunehmen, wir wollen zu den Grundsätzen der deutschen Waidgerechtigkeit zurückkehren. Das bestehende LJG ist ausreichend und nach unserem Dafürhalten um 3 Punkte zu ergänzen:

- Aufnahme von Wolf, Graureiher und Kormoran in das Jagdrecht mit Jagd- und Schonzeit.

- Aufhebung der Rotwildfreien Bezirke, um einer weiteren Verinselung der Bestände entgegenzuwirken, sowie eine Wildschadenregelung für umherziehende Hirsche der Klasse I und II in der Feistzeit, die nicht erlegt werden sollen.
- Wiederaufnahme des Jagdschutzes in das Jagdrecht mit allen früheren Befugnissen.





Die Reform des Landesjagdgesetzes hat viele Fragen aufgeworfen. Wir Freie Demokraten haben uns erfolgreich für erhebliche Anpassungen am ersten untauglichen Entwurf eingesetzt. Gleichwohl sehen wir bei einzelnen Regelungen auch weiterhin Anpassungsbedarf, insbeson-

dere dort, wo sich Defizite in der Praxis zeigen. Etwaige Änderungen müssen ideologiefrei, faktenbasiert und gemeinsam mit der Jägerschaft erfolgen. Unser Maßstab bleibt eine praxistaugliche Jagd, die Wald, Wild und Eigentum in Einklang bringt.



Das bisherige Jagdgesetz gibt alle Möglichkeiten für ein Miteinander von Wild und Wald und soll bestehen bleiben.

Sollte dies nicht mehrheitsfähig sein muss das 2025 beschlossene Landesjagdgesetz muss aus unserer Sicht radikal überprüft und überarbeitet werden. Gesetzgebung muss auf Vertrauen in die Fachkenntnis der Jägerschaft, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und auf prak-

tischer Erfahrung beruhen. Regelungen wie starre behördliche Abschussvorgaben oder die Ausrottung von Dam- und Muffelwild, die Ausweitung der Wildschadenhaftung oder Eingriffe in gewachsene Verwaltungsstrukturen halten wir für nicht zielführend. Jagdpolitik darf nicht ideologisch geprägt sein, sondern muss sich an regionalen Gegebenheiten, Wildbiologie und praktischer Vernunft orientieren.



Wir sehen vor allem die Fokussierung auf hohe Abschusszahlen, verbunden mit dem Anspruch des Tierschutzes, als nicht praktikabel. Aus unserer Sicht ist der Waldumbau auch mit einem

angemessenen Wildbestand machbar. Auch die Schwächung der Hegegemeinschaften, insbesondere, dass diese für Dam- und Muffelwild nicht mehr vorgesehen sind, sehen wir kritisch.

5

Wie gedenken Sie die jagdlichen Verbände in künftige Verfahren und politische Entscheidungen einzubinden und diese im Verfahren zu beteiligen?



Für die SPD Rheinland-Pfalz ist eine frühzeitige und strukturierte Einbindung jagdlicher Verbände in politische Entscheidungsprozesse selbstverständlich. Jagdliche Organisationen verfügen über fundierte fachliche Expertise und praktische Erfahrung in den Bereichen Wildmanagement, Waldumbau, Natur- und Artenschutz sowie im Umgang mit den Folgen des Klimawandels. Dieses Wissen ist für tragfähige und praxistaugliche Entscheidungen unverzichtbar. Entsprechend unseres Regierungsprogramms setzen wir auf transparente, dialogorientierte Verfahren und eine aktive Be-

teiligung von Verbänden und Ehrenamt. Jagdliche Verbände sollen frühzeitig in Gesetzgebungs- und Novellierungsprozesse einbezogen werden, etwa durch Anhörungen, Fachgespräche und Arbeitsgruppen. Darüber hinaus wollen wir, wie in der Vergangenheit auch, den regelmäßigen Austausch zwischen Landesregierung, Verwaltung und jagdlichen Organisationen stärken. Ziel ist es, politische Entscheidungen gemeinsam mit den Betroffenen zu entwickeln, Akzeptanz zu fördern und nachhaltige Lösungen für Natur, Wild und den ländlichen Raum zu schaffen.



Als CDU Rheinland-Pfalz ist uns die Bedeutung einer frühzeitigen und verbindlichen Einbindung der jagdlichen Verbände und Interessenvertretungen der Jägerschaft, und damit insbesondere des Landesjagdverbandes, bewusst. Als durchführende Akteure und Entscheidungsträger vor Ort müssen sie in künftige Verfahren und politische Entscheidungsprozesse eng und als Part-

ner auf Augenhöhe eingebunden werden. Eine erfolgreiche Jagd- und Wildpolitik kann nur im konstruktiven Dialog gelingen. Deshalb wollen wir die fachliche Expertise der Jägerschaft systematisch einbeziehen, ihre praktischen Erfahrungen stärker berücksichtigen und sie aktiv an der Entwicklung praxistauglicher und akzeptierter Lösungen beteiligen.



Für uns ist der frühzeitige und kontinuierliche Dialog mit allen berührten Verbänden ein zentraler Bestandteil guter Gesetzgebung und politischer Arbeit. Wir GRÜNE wollen die Verbände in künftige Verfahren und politische Entscheidun-

gen transparent einbinden, ihnen die Möglichkeit zur Beteiligung und zur Einbringung ihrer Stimme geben. Mit uns wird es keine undemokratische Beschneidung von Beteiligungs- und Verbandsklagerechten geben.

Den vom zuständigen Ministerium eingeschlagenen Weg eines intensiven Dialogs wollen wir konsequent fortführen. Dazu gehört in nächster Zeit insbesondere die Ausgestaltung der Landesjagdverordnung, welche im engen Dialog mit allen beteiligten Verbänden erfolgt, um eine konsensfähige, rechtssichere und wirksame Umsetzung der gesetzlichen Ziele sicherzustellen. So gewährleisten wir, dass fachliche Expertise aus der Praxis einfließt und politische Entscheidungen tragfähig, rechtssicher, nachvollziehbar und vor allem ökologisch nachhaltig ausgestaltet werden.

Im Umweltausschuss wurde von Seiten des Umweltministeriums verkündet, dass die Verbände bereits im Oktober über den geplanten Prozess und die Zuteilung in den Arbeitsgruppen informiert worden sind. Insgesamt sind 21 vom Jagdrecht tangierte Verbände und Institutionen beteiligt – darunter Jagdverbände, kommunale Spitzenverbände und Vertretungen der Grundeigentümer sowie Naturschutz- und Tierschutzverbände. Die Beteiligung in den Arbeitsgruppen erfolgt je nach Betroffenheit in unterschiedlicher Intensität und unterstreicht den umfangreichen demokratischen Beteiligungsprozess.

Die künftige AfD-Fraktion wird Vertreter der Jägerschaft, des Hundewesens, der Falknerei, der Jagdaufseher und der Berufsjäger zu Beratungen und Gesprächen einladen, ein jagdpolitischer Sprecher wird als Ansprech-

partner jederzeit ein offenes Ohr haben. Als Partei der Basisdemokratie ist es für uns besonders wichtig, die Impulse der Betroffenen in politischen Entscheidungen einzubinden.



Wir stehen für eine Politik des Dialogs statt des Misstrauens. Jagdliche Verbände sollen frühzeitig, verbindlich und transparent in Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren eingebunden werden. Beteiligung darf sich nicht auf formale Anhörungen beschränken,

sondern muss echte Mitgestaltung ermöglichen. Die Verlagerung der Zuständigkeit für die Landesjagdverordnung auf die gesamte Landesregierung sehen wir als Chance für eine breitere und ausgewogenere Beteiligung.



Die Beteiligung des LJV auf Landesebene muss frühzeitig und verbindlich erfolgen. Entscheidungen, die Lebensräume von Wildtieren betreffen, sollten nicht ohne die Expertise der Revierinhaber und der Jägerschaft

getroffen werden. Gerade auf kommunaler Ebene kann die Einbindung der Jagd dazu beitragen, ökologische Fehlentscheidungen zu vermeiden und tragfähige Lösungen zu entwickeln.



Mit dem „neuen“ Landesjagdgesetz hat die Landesregierung eine gute Vorlage geliefert, wie es nicht laufen sollte. Wir wollen grundsätzlich alle Verbände, welche von Gesetzesinitiativen betroffen sein könnten und in diesen Bereichen arbeiten, in einen Ge-

sprächsprozess einbinden. Für uns ist wichtig, dass auch die Menschen aus der Praxis ihre Expertise einbringen können und wir das Leben für alle Menschen leichter machen. Selbstverständlich würde dieses Vorgehen auch auf den LJV zutreffen.



Wie steht Ihre Partei zu einer klaren Trennung der Jagd- und der Forstbehörde?

Das im Jahr 2025 beschlossene Landesjagdgesetz Rheinland-Pfalz basiert auf dem gesetzgeberischen Leitbild einer fachlich integrierten Jagd- und Forstverwaltung mit klar definierten Zuständigkeiten und transparenten Entscheidungsprozessen. Diese Struktur dient aus unserer Sicht einer sachgerechten, wildbiologisch fundierten Umsetzung der Jagd und der Bewältigung der Herausforde-

rungen von Klimawandel und Waldumbau. Vor diesem Hintergrund halten wir an dem im Landesjagdgesetz vorgesehenen Ansatz fest, geben dem neuen Rechtsrahmen die notwendige Zeit zur Umsetzung und achten als SPD Rheinland-Pfalz zugleich darauf, dass jagdliche Belange angemessen berücksichtigt bleiben.





Als CDU Rheinland-Pfalz unterstützen wir eine klare Trennung der Jagd- und Forstbehörde bzw. der entsprechenden Rechtskreise. Nur so können die berechtigten Interessen sowohl der Jägerschaft als auch der Fortwirtschaft angemessen gewahrt und

Interessenkonflikte vermieden werden. Eine fachlich unabhängige Struktur schafft die notwendige Klarheit, sorgt für Transparenz und ermöglicht eine sachgerechte, praxisnahe Entscheidungsfindung, von der alle Beteiligten profitieren.



Wir GRÜNE stehen klar zu einer organisatorischen Trennung von Jagd- und Forstbehörden und sehen diese in Rheinland-Pfalz bereits gewährleistet. Auf allen Verwaltungsebenen bestehen klare Zuständigkeiten: Die unteren Jagdbehörden sind bei den Kreisverwaltungen angesiedelt und damit organisatorisch von den Forstämtern getrennt. Entsprechend sind auch die obere Jagdbehörde in der Zentralstelle der Forstverwaltung sowie die oberste Jagdbehörde im zuständigen Ministerium jeweils als eigenständige Referate organisiert. Die Steuerung der staatlichen

Regiejagd und des Forstbetriebs sind strukturell hiervon getrennt.

Diese klare Aufgabentrennung entspricht bewährten Verwaltungsstrukturen, verhindert Interessenkonflikte und stellt sicher, dass jagdliche Entscheidungen fachlich, rechtssicher und unabhängig getroffen werden. Gleichzeitig ermöglicht sie eine gute fachliche Abstimmung zwischen Jagd, Forst, Naturschutz und anderen Behörden – im Sinne eines nachhaltigen Wald- und Wildtiermanagements.



Die AfD steht für eine klare Trennung der Jagdbehörden mit ihren Aufgabenbereichen Jagd- und Waffenwesen, während die Forstbehörde für Waldbau und Waldbewirtschaftung zuständig ist. Mit uns wird es keine dirigistischen Eingriffe der Forstbehörde mehr

in jagdliche Gesetzgebung oder Abschussplanung geben. Für uns gibt es kein „Wald vor Wild“, für uns gibt es nur „Waidgerechtigkeit vor Ideologie“. Mit der gesetzlichen Pflicht zur Hege ist alles gesagt.



Wir Freie Demokraten befürworten eine klare funktionale Trennung von Jagd- und Forstbehörde. Unterschiedliche Aufgaben erfordern unterschiedliche Perspektiven und Verantwortlichkeiten. Ziel muss es sein, Interessenkonflikte zu vermeiden und fachliche Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu treffen. Dies kann am besten ge-

währleistet werden, wenn Jagd- und Forstbehörde klar organisatorisch getrennt sind. Gleichzeitig setzen wir auf enge Zusammenarbeit und Abstimmung, um Wald- und Wildmanagement wirksam zu verzahnen und den Aufbau zusätzlicher Bürokratie und Strukturen zu vermeiden.



Die FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz befürworten eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen Jagd- und Forstverwaltung. Beide Bereiche sollen auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Dabei sind auch die vielfältigen Zuständigkeiten der Neustadter OJB an die

Unteren Jagdbehörden zu delegieren. Die bestehenden Mitwirkungsrechte der Kreisjagdbeiräte müssen erhalten bleiben, und Verwaltungsstrukturen sollten praxisnah und transparent organisiert werden.



Der Wald-Wild-Konflikt macht aus unserer Sicht deutlich, dass die Interessen von Jagd und Forst nicht immer zusammenfallen oder auch teilweise konträr sind. Dies kann dazu

führen, dass eine Seite übervorteilt wird. Aus diesem Grund ist es für uns sinnvoll, die Trennung der Behörden zu diskutieren und dann gegebenenfalls auch umzusetzen.

Wie wollen Sie den notwendigen Waldumbau wildtierfreundlich gestalten (mit Blick auf Lebensraumgestaltung, waldbauliche Schutzmaßnahmen, Wildbiologie und Tierschutz)?

Wie stehen Sie hierbei zur wildökologischen Raumplanung?

Der notwendige Waldumbau lässt sich dann dauerhaft und tragfähig umsetzen, wenn waldbauliche Zielsetzungen, die Anforderungen der Klimaanpassung sowie die Belange des Wildes und des Tierschutzes gemeinsam betrachtet und sorgfältig aufeinander abgestimmt werden. Ausgangspunkt ist die zentrale Bedeutung eines wirksamen Waldumbaus hin zu klimaangepassten, stabilen und standortgerechten Mischwäldern. Damit diese Wälder entstehen können, muss sich die Naturverjüngung grundsätzlich entwickeln können, was eine wirksame Regulierung der Wildbestände einschließt. Gleichzeitig sind Wildtiere ein wichtiger Teil des Ökosystems. Schutzmaßnahmen und jagdli-

che Eingriffe sind daher mit Augenmaß, gezielt und tierschutzgerecht umzusetzen. Ein an wildbiologischen Erkenntnissen orientiertes Wildmanagement kann dazu beitragen, die erforderliche Entnahme verantwortungsvoll zu gestalten und unnötige Belastungen für die Tiere zu vermeiden. Ergänzend kann die wildökologische Raumplanung einen Beitrag leisten, indem sie Waldumbau und Jagd räumlich besser aufeinander abstimmt und Nutzungskonflikte reduziert. Wie und ob dieses Instrument sinnvoll und praktikabel eingesetzt werden kann, wollen wir im Dialog mit dem Landesjagdverband und weiteren Beteiligten weiter prüfen und fachlich vertiefen.



Ein wildtierfreundlicher Waldumbau ist für Rheinland-Pfalz als walddominantes Bundesland von zentraler Bedeutung. Die Jägerschaft leistet bereits heute einen großen und unverzichtbaren Beitrag. Für uns als CDU Rheinland-Pfalz ist klar: Das Landesjagdgesetz und die zugehörige Verordnung müssen diesen Beitrag stärker in den Fokus rücken, ohne dabei die Lebensräume und Existenzrechte unserer heimischen Wildarten zu gefährden. Wissenschaftliche Erkenntnisse und

aktuelle Forschungsergebnisse bilden dabei die Grundlage, ebenso wie die Berücksichtigung einer wildökologischen Raumplanung als Steuerungsinstrument. So kann sichergestellt werden, dass Waldumbau, Wildbewirtschaftung und Artenvielfalt im Einklang stehen.

Unser Ziel ist es, die berechtigten Interessen aller Akteure langfristig, nachhaltig und praxisnah zu sichern – zum Wohl von Wald, Wild und Mensch.



Der notwendige Waldumbau hin zu klimaresilienten, artenreichen Mischwäldern muss selbstredend ökologisch angepasst an die naturräumlichen, regionalen Gegebenheiten gestaltet werden. Für uns GRÜNE heißt das, unsere Wald- und Naturschutzpolitik ermöglichen einen artenreichen Mischwald, welcher den zunehmenden Extremwetterereignissen standhält und zugleich Wasser in unserer Landschaft speichert. Struktureiche Lebensräume, unangetastete Rückzugsflächen und eine standortangepasste natürliche Waldentwicklung sind dabei zentrale Elemente.

Die Klimakrise setzt unsere Wälder bereits heute massiv unter Druck. Um Schäden zu

minimieren und eine natürliche Waldverjüngung zu ermöglichen, brauchen wir die Möglichkeit, dort gegenzusteuern, wo übermäßige Wildeinwirkung die Waldentwicklung beeinträchtigt. Das Landesjagdgesetz weist hierfür die richtige Richtung, indem es lebensraumangepasste Wildbestände fördert und eine ökologische, störungsarme Jagd stärkt, die Alters- und Sozialstrukturen erhält und dem Tierschutz verpflichtet ist. Wichtig ist für uns GRÜNE zudem, Wanderkorridore und eine umfangreiche Biotopvernetzung in der Landes- und Regionalplanung verbindlich zu sichern und Nutzungskonflikte bereits planerisch zu reduzieren – insbesondere für alle wandernden Tierarten.



Gerade in Bezug auf das Rotwild steht die AfD hinter einer durchdachten Wildökologischen Raumplanung, wie sie von der Wiener Universität für Bodenkultur entwickelt und in Österreich umgesetzt worden ist. Wir befürworten den Bau von Grünbrücken zur Habitatvernetzung zwecks Inzestvermeidung

sowie die Schaffung von bedarfsgerechten Bejagungszonen, vor allem im Rahmen einer Planung mit allen Beteiligten an einem Runden Tisch, wie es 2024 auf Gut Klepelshagen in MVP stattgefunden hat. Ideologiebedingte Fehler aus der Vergangenheit werden sich mit uns nicht wiederholen.





Der Waldumbau kann nur gelingen, wenn Wildtiere als Teil des Ökosystems mitgedacht werden. Wir setzen auf eine Kombination aus Lebensraumverbesserung, angepasstem Wildmanagement und wissenschaftlich fundierter Wildbiologie. Wildökologische Raumplanung kann dabei ein sinnvolles Instrument sein, wenn sie flexibel, praxisnah und

ohne zusätzliche Bürokratie umgesetzt wird. Entscheidend ist für uns ein ausgewogenes Zusammenspiel von Waldentwicklung, Tier- und Jagdschutz und jagdlicher Praxis. Hier gilt es, von guten Erfahrungen aus anderen Regionen und Ländern zu lernen, anstatt sich aus ideologischen Gründen neuen Ansätzen zu verweigern.



Der notwendige Waldumbau im Klimawandel kann nur gemeinsam mit Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Jagd gelingen. Ziel sind klimaresiliente Mischwälder, stabile Lebensräume und gesunde Wildbestände. Wald und Wild dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Neben angepassten Wildbeständen braucht es Lebensraumge-

staltung, waldbauliche Schutzmaßnahmen und eine Orientierung an wildbiologischen Erkenntnissen. Wildökologische Raumplanung kann ein sinnvolles Instrument sein, wenn sie praxisnah, regional abgestimmt und gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt wird.



Wildtiere halten sich weder an Karten noch an die Planungen des Menschen – das kann im Alltag sehr gut beobachtet werden. Aus diesem Grund sehen wir strikte Planungen, wie sie teilweise bereits bei Rotwild gelten, als keine adäquate Lösung von ökologischen oder waldbaulichen Problemen an. Wir wollen eine lebende und lebenswerte Natur fördern. Dazu gehören Pflanzen ebenso wie Insekten, aber eben auch Wildtiere. Solange die Wildtierbestände lediglich geschätzt oder hochgerechnet werden und keine validen Zahlen der Wildtierbestände vorliegen, ist es für uns wichtig, den Fokus vor allem auf

Naturverjüngung (ggf. mit Absperrrmaßnahmen), Nachpflanzung und generelle Wald- und Biotopschutzmaßnahmen zu legen. Für uns ist der Profit, welcher ein Waldgebiet oder Landesforsten abwirft, nachrangig. Wir wollen, dass alle Akteure ihren Fokus auf den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und die Renaturierung legen. Daher wollen wir perspektivisch, dass die Diversifizierung der Wälder zu klimastabilen, artenreichen Mischwäldern unter kommunaler oder landeseigener Kontrolle steht und Erträge in die Pflege und den Waldumbau reinvestiert werden sollen.

8

Wie stehen Sie zur Jagd als Beitrag zum Artenschutz und zur Eindämmung invasiver Arten wie Waschbär und Nutria (einschließlich Fangjagd)?



Die Jagd sehen wir als gewichtigen und essenziellen Beitrag zum Artenschutz und zur Pflege unserer Kulturlandschaften. Angesichts der zunehmenden Ausbreitung invasiver und problematischer Arten braucht es eine neue Balance, auch im Interesse der Jagd selbst. Ziel ist es, ökologische Schäden zu begrenzen und zugleich die Lebensqualität der Menschen wieder zu erhöhen. Dies betrifft auch Arten wie Saatkrähe und Nilgans, deren Bestände lokal zu erheblichen Konflikten führen. Hier sehen wir die Jagd als einen zentralen Teil der Lösung, eingebettet

in ein fachlich begründetes und tierschutzgerechtes Gesamtkonzept. Entsprechende Passagen sind auch in unserem Programm zu finden. Ergänzend betrachten wir im Lichte des neuen Jagdgesetzes auch die Fallenjagd als ein geeignetes Instrument des Wildmanagements und der Prädatorenbekämpfung. Die hierzu vorgesehenen rechtlichen Vorgaben und einzelnen Bestimmungen halten wir für angemessen und sachgerecht, da sie einen verantwortungsvollen und tierschutzkonformen Einsatz gewährleisten.



Aus Sicht der CDU Rheinland-Pfalz trägt die Jagd wesentlich zum Schutz heimischer Arten und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bei. Ein besonders wirksames Instrument in diesem Zusammenhang ist die

Fallenjagd, mit der invasive Arten und Prädatoren gezielt reguliert werden können. Fallen ermöglichen es, rund um die Uhr jagdliche Aufgaben wahrzunehmen. Dank moderner Technik, qualitativ hochwertiger Ausbildung

und tierschutzrechtlicher Standards, kann die Fangjagd waid- und tierschutzgerecht erfolgen. Zudem müssen Jagd- und Schon-

zeiten für Raubwild und invasive Arten praxisnah gestaltet und flexibel an die Erfordernisse vor Ort angepasst werden.

Wir sehen die Jagd, vor allem wenn diese nach ökologischen Kriterien ausgeführt wird, als einen wichtigen Baustein eines modernen Wildtier- und Naturschutzmanagements. Richtig ausgestaltet kann sie einen Beitrag zum Artenschutz leisten, indem sie hilft, bedrohte Arten und Lebensräume zu schützen, um das ökologische Gleichgewicht zu sichern.

Gerade bei ökosystemfremden Arten wie Waschbär und Nutria ist ein konsequentes, fachlich fundiertes Management notwendig, um heimische Arten und sensible Ökosysteme zu schützen. Für uns GRÜNE ist dabei entscheidend, dass alle Maßnahmen tierschutz-

gerecht, fachlich und qualifiziert zugunsten des Erhalts unserer Artenvielfalt erfolgen.

Die beschlossene Novelle des Landesjagdgesetzes schafft hierfür klare und zeitgemäße Rahmenbedingungen. Sie stärkt den Tierschutz bei der Fallenjagd, indem sie höhere Anforderungen an Sachkunde und Qualifikation stellt und den Einsatz tierschutzwidriger Fangmethoden ausschließt. Urbane Wildberater und urbane Wildberaterinnen tragen insbesondere im Siedlungsraum zur Konfliktvermeidung bei und unterstützen im Zusammenspiel von Jagd und Naturschutz einen verantwortungsvollen Umgang mit Wildtieren und ökosystemfremden Arten.



Die AfD sieht die Bejagung invasiver Arten als unverhandelbaren Bestandteil zu Hege und Artenschutz. Waschbären, Nutria, Marderhund und Mink sind mit der Ausnahme aufzuchtnotwendiger Elterntiere ohne Schonzeit konsequent zu bejagen. Eine Eigenschaft als invasive Art soll als Entnahmegrund gesetzlich verankert werden. Die Fallenjagd ist insbesondere im Rahmen des Jagdschutzes zu fördern und zulässige

Fangsysteme ohne übertriebenen Aufwand rechtlich zuzulassen. In befriedeten Bezirken ist die Bestellung einer ausreichenden Anzahl an Fangjägern sowie deren Ausbildung und Ausstattung mit entsprechenden Mitteln zu gewährleisten. Für örtliche Überpopulation an Krähen und Tauben sehen wir die Vergrämung/Bejagung mit hierfür bestellten Falknern als sinnvollste Methode an.



Jagd ist ein wesentlicher Bestandteil eines wirksamen Artenschutzes. Gerade bei invasiven Arten wie Waschbär, Nutria oder Nilgans ist ein frühzeitiges, konsequentes und wissenschaftlich begleitetes Eingreifen notwendig.

Wir befürworten ausdrücklich auch die Fangjagd als anerkanntes und tierschutzgerechtes Instrument. Unser Ziel ist es, heimische Arten zu schützen, Lebensräume zu stabilisieren und dabei unbürokratisch handlungsfähig zu bleiben.



Die Jagd leistet einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz. Viele heimische Arten – etwa Bodenbrüter oder Feldbewohner – profitieren von einem verantwortungsvollen Prädatorenmanagement. Ebenso ist die Regulierung invasiver Arten wie Waschbär, Nutria,

Nilgans oder Halsbandsittich notwendig. Dazu gehört auch alle traditionellen waidgerechten Jagdarten, natürlich auch die Fangjagd. Die Jägerschaft ist hier ein unverzichtbarer Partner des praktischen Arten- und Naturschutzes.



Auch hier bevorzugen wir zunächst den Einsatz für natürliche Regulierungen. Dennoch dauert es häufig zu lange, bis invasive Arten auch entsprechend ihrer Ausbreitung bejagt werden dürfen / ins Jagdrecht aufgenommen

werden. Das muss sich ändern, da wir sonst chronisch den Entwicklungen hinterher laufen. Die Fangjagd, wenn richtig praktiziert, ist dabei ein probates Mittel der Eindämmung der Ausbreitung.

